

E 5604

Bund der  
Strafvollzugsbediensteten  
Deutschlands (BSBD)

Fachzeitschrift  
für die Bediensteten des  
Justizvollzugs

# DER VOLLZUGS- DIENST



**„Gesundheitsmanagement ganz alltäglich“**

Lesen Sie im Facheil dieser Ausgabe:

**Gesundheitsmanagement für die  
Vollzugsbediensteten in der JVA Brandenburg**

**3**

Juni 2009

## Tarifergebnis wird auf Beamten- und Versorgungsbereich übertragen

BBW-Beamtenbund Tarifunion (BBW): Landesregierung hat Wort gehalten und nimmt im Ländervergleich eine Spitzenposition ein

**Jetzt ist es amtlich: Die Landesregierung hat Wort gehalten und überträgt das Ergebnis der Verhandlungen zum TV-L zeit- und inhaltsgleich auf den Beamten- und Versorgungsbereich.**

Das hat Finanzminister **Stächele** am 22. April 2009 im Gespräch mit BBW-Chef **Volker Stich** und weiteren BBW-Spitzenvertretern noch einmal hervorgehoben. Damit nimmt Baden-Württemberg im Ländervergleich bei der Besoldungsanpassung einen der vorderen Plätze ein. „Das ist ein positives Signal in wirtschaftlich angespannten Zeiten“, sagte Stich im Anschluss an die Unterredung mit dem Finanzminister. „Zufrieden ist die Beamtenschaft gerade auch angesichts der bereits erfolgten Festlegung für 2010 und der Form der Übernahme auf die Versorgungsempfänger, wenngleich die Zusatzforderung des

BBW nach einen Besoldungsplus noch nicht erfüllt ist,“ so der BBW-Vorsitzende in seiner Bewertung. Das Gespräch mit Minister **Stächele** stand seit Wochen an, scheiterte jedoch immer wieder an Terminschwierigkeiten. Inzwischen ist seit einigen Tagen auf der Homepage des Landesamtes für Besoldung und Versorgung nachzulesen, wie die Besoldungsanpassung sein wird. Die Erhöhung der Bezüge im Mai erfolge als Abschlagszahlung, zumal das gesetzlich vorgegebene Anhörungsverfahren, woran auch der **BBW** beteiligt ist, noch nicht abgeschlossen sei, räumte der Finanzminister ein.

Zur Sache selbst äußerte sich **Stich** durchweg positiv. Nur sieben Länder (Bayern, Hamburg, Rheinland-Pfalz, das Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen) hätten inzwischen die 1:1-Übernahme des Tarifergebnisses beschlossen. Die Mehrzahl der Länder machten mehr oder weniger gravierende Abstriche. So halbie-

ren die Länder Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg den monatlichen Sockelbetrag, Berlin nehme überhaupt keine Anpassung vor. Einige wenige Länder haben sich noch gar nicht festgelegt. Baden-Württemberg gewährt seinen Beamten im Jahr 2009 sowohl die Einmalzahlung von 40 Euro, den Sockelbetrag von ebenfalls 40 Euro vom 1. März 2009 an und ebenfalls vom 1. März 2009 an die Linearanpassung von 3 Prozent. Zum 1. März 2010 folgt dann die Linearanpassung von 1,2 Prozent. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger erhalten die Beträge entsprechend ihrem Ruhegehaltssatz. Positiv ist die Entscheidung des Landes Baden-Württemberg, die nach dem Beamtenversorgungsgesetz vorgesehene Kürzung der Versorgungserhöhung nur jeweils einmal in den Jahren 2009 und 2010 vorzunehmen. Damit weiche das Land von Entscheidungen des Bundes und anderer Bundesländer ab. Für Beamtenanwärter erhöhen sich die Bezüge um 60 € zum 1. März 2009 und um 1,2 Prozent zum 1. März 2010.

**Vorsorge muss nicht teuer sein  
über 100 Jahre  
Justiz-Versicherungskasse**  
Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit



Als SELBSTHILFEEINRICHTUNG der Angehörigen des JUSTIZ- und STRAFVOLLZUGSDIENSTES bieten wir Ihnen, Ihren Angehörigen und den mit Ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Personen zu anerkannt günstigen Tarifen und Bedingungen Versicherungen bis zur

### Höchstsumme von 8.000,- Euro

- auf den Todes- und Erlebensfall
- zur Bildung eines Kapitals

#### Anerkannte Leistungsmerkmale, die für uns sprechen:

Sofortiger Versicherungsschutz  
– nach Zahlung des 1. Beitrages –  
Rechtsanspruch auf Beteiligung an den Überschüssen  
Zusätzlich wird nach einem Jahr bei Fälligkeit ohne Rechtsanspruch ein Gewinnzuschlag gewährt.

#### Außerdem:

Grundsätzlich kein ärztliches Zeugnis  
Das Vertrauen unserer Mitglieder – stellen auch Sie uns auf die Probe –  
Wir würden uns freuen, Sie als Mitglied unserer berufsständischen Gemeinschaft begrüßen zu dürfen.

Weitere Auskünfte erteilt Ihnen unsere Geschäftsstelle in Köln:

**Anschrift: Drosselweg 44, 50735 Köln**  
**Telefon 02 21 / 71 44 77 oder 71 47 23**  
**Telefax 02 21 / 7 12 61 63**  
**E-Mail: info@justiz-versicherungskasse.de**  
**Internet: www.Justiz-Versicherungskasse.de**

## Stellungnahme an den BBW-Beamtenbund Tarifunion

**Anpassung der Besoldung und Versorgung im Jahr 2009 und 2010 – Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Baden-Württemberg 2009/2010.**

#### Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

durch die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses für die Beschäftigten der Länder auf die Beamten, Richter und Versorgungsempfänger wurde den berechtigten Interessen der Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg im Grundsatz entgegen gekommen. In soweit wurde die Ankündigung durch Ministerpräsident Oettinger aus dem Jahr 2007 umgesetzt und der Notwendigkeit, die Besoldung der Beamtinnen und Beamten im Land attraktiv und leistungsgerecht zu erhalten und zu verbessern, Rechnung getragen.

Inhaltlich kann mit dem vorliegenden Ergebnis, die Besoldungsforderung nach einer linearen Erhöhung von 8 %, mindestens aber einem Betrag von 200 Euro pro Monat, bei weitem nicht erreicht werden. Jedoch scheint vor dem Hintergrund der wirtschaftlich angespannten Lage, der immensen Verschuldung des Landes sowie im Vergleich zu anderen Bundesländern, die 1:1 Übernahme des Tarifabschlusses auf die Beamten und Versorgungsempfänger im Land Baden-Württemberg das wohl maximal Erreichbare zu sein. Festzuhalten ist in jedem Fall, dass mit dem vorliegenden Ergebnis „Altlasten“ in Form von Arbeitszeiterhöhung, Kürzungen und Nullrunden der letzten Jahre in nicht annähernd befriedigender Weise aufgearbeitet werden konnten. So der Tenor bei der Besprechung des Ergebnisses der Besoldungsrunde 2009 mit den Funktionären anlässlich der Landeshauptvorstandssitzung am 24. April 2009 in Karlsruhe. Es wird in den Ortsverbänden noch viel Basisarbeit erfolgen müssen um den Mitgliedern das Erreichte im Verhältnis zu den Erwartungen als positives Signal vermitteln zu können.

Elfriede Ensle-Bohn

Am 24. April 2009:

## Landeshauptvorstand tagte in Karlsruhe

Große Unzufriedenheit mit dem Abschluss zur Gehaltserhöhung

In Karlsruhe - der Residenz des Rechts - trafen sich am 24. April 2009 die aus den Justizvollzugsanstalten des Landes angereisten Mandatsträger des Landeshauptvorstandes zu ihrer Frühjahrstagung, die im neuen stattlichen Gebäude des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbandes (BGV) stattfand.

Bei schönem kräftigem Sonnenschein war von der Dachterrasse die prominente Nachbarschaft zu bewundern, die den Blick auf das beeindruckende *Schloss Gottesaue* inmitten einer gepflegten Grünanlage freigab. Das *Schloss Gottesaue*, das nach dem 2. Weltkrieg als Ruine übrig blieb und zunächst wegen Baufälligkeit gesprengt worden war, wurde dann 1982 im ursprünglichen Renaissance-Stil des 16. Jahrhunderts wieder errichtet. Nun beherbergt es seit 1989 die Hochschule für Musik Karlsruhe.

Um weniger erbauliche Sach- und Fachthemen ging es indessen im hellen und großzügigen Tagungsraum des BGV.

Kurz nach 9.30 Uhr eröffnete der Landesvorsitzende **Ernst Steinbach** die Sitzung und begrüßte offiziell die Teilnehmer. Sein besonderer Gruß galt den Hausherrn: dem Vorstandsvorsitzenden des BGV **Heinz Ohnmacht** und dem Abteilungsdirektor ÖD-Privat **Erwin Friess**. Ihnen sprach er auch seinen herzlichen Dank aus für das entgegenkommende Angebot der kostenfreien Nutzung des Tagungsraums und für die Einladung zu einem Mittagsmenu im hauseigenen Speisesaal. Herzlich willkommen beim **BSBD** hieß er auch den Leiter der JVA Karlsruhe - Regierungsdirektor **Thomas Weber** - und er dankte ihm zugleich für seine Bereitschaft, ein Grußwort zu sprechen. Seinen weiteren Gruß und Dank richtete er an Kollegen **Michael Wenk**, den Vorsitzenden des Ortsverbandes Karlsruhe, der sich um die Vorbereitungen gekümmert hatte.

Mit großer Freude begrüßte der Landesvorsitzende die Ehrenmitglieder **Wolfgang Kneip** und **Wolfram Müller** sowie den Kollegen **Ernst Hamm**, der bis zum Delegiertentag 2008 über Jahrzehnte das Amt eines Kassenprüfers ausgeübt hatte und nun „standesgemäß“ verabschiedet werden sollte.

Das Wort wurde sodann den Hausherrn übergeben.

### Grußworte des Vorstandsvorsitzenden und eines Abteilungsdirektors des BGV

Der Vorstandsvorsitzende **Ohnmacht** stellte zunächst sein Versicherungsunter-

nehmen vor und übersetzte die Abkürzung „BGV“ mit „*badisch gut versichert!*“

Die Gründung im Jahre 1923 erfolgte zunächst durch den Verbund von acht badischen Städten mit der Aufgabe und dem Ziel, den Feuerschutz und damit die Versicherungsangelegenheiten der Gemeinden selbst zu regeln. So sorgte der BGV als Unternehmen in kommunaler Trägerschaft seit über 85 Jahren für die Sicherheit in Städten und Gemeinden: ob Schulen, Kindergärten, Rathäuser oder Sporthallen - alle diese Einrichtungen stehen unter dem Schutzschirm des BGV, wodurch fast 100 % des kommunalen Versicherungsbedarfs erreicht sei. Mittlerweile biete der BGV jedoch auch die ganze breite, umfangreiche Palette von Versicherungsprodukten an.

Er selbst - so **Heinz Ohnmacht** - habe eine gewisse Affinität zum Strafvollzug. Im Rahmen seines Jurastudiums habe er nämlich drei Monate bei der Leitung der JVA Freiburg hospitiert - und dort einen zwar kurzen, aber sehr eindrucksvollen Einblick in die Arbeit und in die Probleme eines Gefängnisses erhalten. Er habe nach wie vor ein Faible für Kriminologie und Jugendstrafrecht.

Der Veranstaltung des **BSBD** wünsche er gutes Gelingen und zielführende Beschlüsse.

Er übergab dann das Wort an Abteilungsdirektor **Fiess**, der seit 25 Jahren dem BGV angehöre.

In seinem launigen Grußwort - mit Power Point Präsentation - stellte sich Direktor **Fiess** als der Zuständige für den Öffentlichen Dienst und das Privatkundengeschäft vor - also damit auch für den **BSBD** und seine Mitglieder.

Der kleine, aber feine Kommunalversicherer BGV verfüge über 1,3 Mio. Verträge und beschäftige 650 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Als ein vorrangiges Ziel werde derzeit eine Ausweitung verfolgt, wobei man sich besonders in Baden-Württemberg, aber auch bundesweit besser aufstellen wolle. Die Versicherung mache auch nicht bei Schulen und Rathäusern halt, es seien beim BGV auch außergewöhnliche Objekte wie die Skisprungschanze in Hinterzarten oder der Hockenheimring versichert.

Als besonderes Schmankerl stellte Direktor **Fiess** das Internet- und Mobilfunkangebot eines *Unwetter-Frühwarn-Systems*, genannt „WIND“ vor. Zusammen mit der Meteomedia AG von **Jörg Kachelmann** habe der BGV als Partner für Sicherheit eine elektronisch abrufbare Unwetterwarnung entwickelt. Durch die breite Ausdehnung der Wetterstationen könne die Warnung sehr frühzeitig erstellt werden und sie werde automatisch verschickt.

Der Teilnehmer oder Empfänger könne mit E-Mail oder SMS folgendes auswählen:

- die Art des Unwetters wie z.B. Gewitter, Sturm, Starkregen, Hagel, Schneefall, Blitzes usw.
- den Ort wie z.B. Wohnort, Zielort, Urlaubsort usw.
- das gewünschte Medium. E-Mail oder SMS.

Dadurch könne man - sowohl in den als auch über die eigenen Wände hinaus - entsprechende Vorkehrungen treffen, wie z.B. das Auto in Sicherheit bringen und auch Familie oder Freunde warnen.

Dieses Unwetterfrühwarnsystem WIND sei eine zusätzliche freiwillige Leistung, die kein Bestandteil des Versicherungsvertrags ist. Sie kann jedoch von jedem **BSBD**-Mitglied kostenlos in Anspruch genommen werden, das einen Vertrag mit dem BGV hat oder haben wird.

Auch Abteilungsdirektor **Fiess** wünschte der Tagung des Landeshauptvorstandes einen guten Verlauf und viel Erfolg - und er lud bereits für 13.00 Uhr zum Mittagessen ein.

### Grußwort des Leiters der Justizvollzugsanstalt Karlsruhe

Sehr geehrter Herr Steinbach, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zunächst möchte ich mich ganz herzlich für die Einladung und die freundliche Begrüßung bedanken.

Ich freue mich, der Tradition entsprechend als Anstaltsleiter vor Ort auf Ihrer Hauptvorstandssitzung ein Grußwort an Sie richten zu dürfen. Ich verspreche Ihnen, ich werde mich kurz fassen, denn ich habe anhand Ihrer Tagesordnung gesehen, dass Sie heute noch ein umfangreiches Programm zu bewältigen haben. Gleichwohl möchte ich die Gelegenheit nutzen und Ihnen einiges darstellen, was uns momentan in der JVA Karlsruhe beschäftigt und was in der nächsten Zeit auf uns zukommen wird.

In der Hauptanstalt wird in der zweiten Jahreshälfte mit erheblichem finanziellem und logistischem Aufwand der Tor- und Besuchsbereich umgebaut werden. Pläne hierfür gibt es schon seit etlichen Jahren, wenn nicht sogar Jahrzehnten, doch de-

**Darlehen supergünstig \*1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins**  
 35-jährige Beratungskompetenz **Hypotheken- & Beamtdarlehensdiscounter** Vorberatung wählbar alles kostenfrei ohne 2% Bearbeitungsgebühren Info: www.ak-finanz.de

**DSB BANK** und Stuttgarter Vers. a.G. supergünstige Beamtdarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30.000,- € günstige 281,05 € mtl., 70.000,- € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., \*5,99% effektiver Jahreszins. Lfz. 12 J., ab \*5,75% effektiver Jahreszins auch an Angestellte ab 5 Jahre i.o.D. \*1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken ohne Eigenkapital, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%.

**www.ak-finanz.de** AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen **Tel. 0800/1000 500** Gebührenfrei

Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamtdarlehen@ak-finanz.de

ren Umsetzung scheiterte nicht zuletzt immer wieder auch am fehlenden Geld. So makaber dies auch klingt, aber letztlich ist unsere Anstalt ein Nutznießer der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise, denn im Rahmen der beschlossenen staatlichen Konjunkturprogramme wurde auch das für uns zuständige Bauamt mit entsprechenden Mitteln bedacht. Wir wehren uns dagegen natürlich nicht, denn es ist auf jeden Fall sinnvoll angelegtes Geld. Wir bekommen endlich eine richtige Schleusenfunktion in unserem Torbereich, wodurch die Sicherheit aller Mitarbeiter nochmals deutlich erhöht wird. Und auch die Möglichkeiten, die wir unseren Besuchern bieten können, werden um einiges verbessert.

Nach unserer Vorstellung ist diese Maßnahme nur der erste Schritt, wir haben für die nächsten Jahre noch einige bauliche Verbesserungsideen im Hinterkopf, insbesondere, was die Umgestaltung und Nutzung des Innenhofbereichs anbelangt. Doch auch das wird kostspielig werden und ist daher noch Zukunftsmusik. Allerdings werden hoffentlich nicht erst weitere Weltfinanzkrisen für die Realisierung dieser Pläne notwendig sein.

Wie Sie vielleicht schon mitbekommen haben, bekommen wir ab nächster Woche, genauer gesagt ab dem 1. Mai 2009, weiblichen Zuwachs, wenn die bisherige Außenstelle von Offenburg, nämlich Bühl, an die JVA Karlsruhe angegliedert wird. Der Neustart von Offenburg wird ja von der gesamten Vollzugsgemeinde in Baden-Württemberg

mit Spannung, aber auch z.T. mit Skepsis erwartet. Für uns jedenfalls stellt die Übertragung der Zuständigkeit für Bühl schon mal einen sehr positiven Nebeneffekt der Teilprivatisierung dar. Die Anstalt dort ist in einem hervorragenden Zustand, davon konnte ich mich schon persönlich überzeugen. Und Berührungängste gibt es auch keine, ich denke, beide Seiten freuen sich auf eine gute Zusammenarbeit.

Wenn ich gerade Bühl erwähnt habe, so ist der Sprung zu unserer anderen Außenstelle in Rastatt nicht weit, die uns momentan etwas Sorge bereitet. Nicht etwa wegen irgendwelcher besonderer Vorkommnisse oder der Leistungen der Mitarbeiter.

Im Gegenteil, dort wird sehr gute Arbeit verrichtet und das unter derzeit erschwerten Bedingungen. Wie viele von Ihnen wissen, gibt es seit etwa Mitte letzten Jahres den Plan des Justizministeriums in Rastatt die zentrale Jugendarrestanstalt für den badischen Landesteil einzurichten. Von unserer Seite wird dies begrüßt, denn zum einen ist Rastatt aufgrund seiner Infrastruktur und der jahrzehntelangen Erfahrung in der Arbeit mit Jugendlichen und Heranwachsenden für einen sinnvollen Jugendarrestvollzug geradezu prädestiniert. Andererseits gäbe es dadurch die Gewähr dafür, dass dort entgegen der Schließungspläne des Haftplatzentwicklungsprogramms dauerhaft vollzuglich gearbeitet werden könnte. Nachdem das Vorhaben auf einem guten Weg schien und

auch bereits im Vorgriff darauf Versetzungen von Kollegen an andere Anstalten erfolgten, ist das ganze leider mittlerweile wieder unsicherer denn je. Es haben sich Widerstände gegen das geschilderte Vorhaben formiert, wobei die Diskussion immer weiter von einem sachlichen Argumentationsaustausch weggeführt wurde. Dabei wurde auch die Kompetenz der Außenstelle Rastatt und ihrer Mitarbeiter in Zweifel gezogen. Dass man dennoch bei der Stange bleibt und gute Arbeit abliefern, spricht schon allein für die Qualität der Mitarbeiter.

Nummehr ist beabsichtigt, in den nächsten Wochen zu einem sog. „Runden Tisch“ zusammen zu kommen und eine für alle Seiten akzeptable Lösung zu finden. Wir hoffen – und glauben dies auch – dass sich die zweifelsohne für Rastatt sprechenden Sachargumente am Ende durchsetzen werden.

So, das soll Ihnen schlaglichtartig einen Eindruck von der Lage in Karlsruhe vermittelt haben. Sie sehen, 2009 ist und wird für uns ein bedeutendes, aber auch spannendes Jahr. Eine spannende und interessante Veranstaltung mit anregenden Gesprächen wünsche ich auch Ihnen heute hier in der badischen Residenz des Rechts. *Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.*

Nach herzlichem Dank an Regierungsdirektor **Thomas Weber** für sein Grußwort erstattete der Landesvorsitzende **Ernst Steinbach** dem Landeshauptvorstand seinen Bericht.

## Bericht des Landesvorsitzenden

# Rückblick auf den Delegiertentag 2008 in Stuttgart

**Der Landesdelegiertentag am 24. und 25. Oktober 2008 war wieder eine rundum gelungene Veranstaltung, die von den Stuttgarter Kollegen hervorragend vorbereitet worden war. Hervorzuheben ist die gute Resonanz bei Presse und Rundfunk, insbesondere haben unsere Pressemitteilungen zu großem Interesse und Nachfragen zu den Themen Sicherheit und zu dem Problem „russlanddeutsche Gefangene“ geführt. Hierzu gilt unser besonderer Dank dem Pressereferenten – Kollegen Wolfgang Klotz – für seine Pressearbeit beim Delegiertentag und für den VOLLZUGSDIENST!**

**Der Justizminister und bereits tags zuvor der Personalreferent der Abteilung Strafvollzug gaben deutliche Signale in Richtung Werkdienst, die für uns sehr wichtig waren und sind.**

**Insofern besteht jetzt unverrückbare Sicherheit für die künftige Gestaltung der Altersgrenze bei Pensionierungen.**

**Auch die Aussagen des Ministers und des Personalreferenten zur „Gitterzula-**



**ge“ und zu strukturellen Verbesserungsmöglichkeiten im Rahmen der Dienstrechtsreform eröffnen uns mittelfristig gute Chancen für eine weitere günstige Entwicklung für unsere Bediensteten.**

**Wir hoffen dabei, dass die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise nicht zu Einbrüchen und schon gar nicht zu Sonderopfern zum Nachteil der Landesbeamten führen wird.**

## Ergebnis der Tarifrunde 2009/2010

Wie der Beamtenbund Baden-Württemberg und auch die anderen Gewerkschaften forderte der **BSBD** kräftige Gehaltserhöhungen für die Beschäftigten im Justizvollzug. Leider konnten diese Forderungen nicht erreicht werden, obgleich unsere Argumente vielfältig und plausibel waren.

Die Grausamkeiten der letzten Jahre sind nämlich wohl bekannt: Erhöhung der Arbeitszeit ohne Gehaltsausgleich, Streichung des Urlaubsgeldes, Reduzierung des Weihnachtsgeldes – um nur die gravierendsten Einschnitte zu nennen. Dies alles ergab schmerzliche Einkommensverluste von bis zu 12 Prozent für die Landesbeamten. Nun sollte es vorbei sein mit der Bescheidenheit; schon allein deshalb, weil wir stolz auf unsere Leistungen im Strafvollzug sein können und dafür endlich angemessen bezahlt werden wollen. Hinzu kommt, dass die Vollzugsbeamten bis zu 80 Prozent dem mittleren Dienst angehören; deshalb hätten gerade sie einen kräftigen Einkommenszuwachs verdient gehabt.

Wie im Tarifbereich und bei den Bundesbeamten waren deshalb die Zielvorgaben bei unserer Tarifrunde: 8 bis 8,6 % Gehaltserhöhung für alle!

Trotz der beeindruckenden Demonstrationen in Stuttgart am 11. und 26. Februar 2009 hat sich dieser Einsatz nicht durchschlagend gelohnt. Dennoch ist ein herzliches Dankeschön zu sagen an die Teilnehmer aus den Vollzugsanstalten, die insbesondere aus Heilbronn, Freiburg und Rottenburg mit Bussen angereist waren. Ohne die Demonstrationen wären die Ergebnisse wahrscheinlich noch unbefriedigender gewesen.

Die Tarifverhandlungen waren aber begleitet von den laufenden Hiobsbotschaften aus der Finanz- und Bankenwelt sowie aus der Automobilindustrie – und dies war nicht gerade förderlich!

**Mit den prozentualen Erhöhungen, den Einmalzahlungen und dem Sockelbetrag stellt sich das erzielte Ergebnis letztlich wie folgt dar:**

- Mittlerer Dienst: 5,8 % Erhöhung,
- Gehobener Dienst: 5,6 % Erhöhung,
- Höherer Dienst: 5,2 % Erhöhung.

Dies sieht wenigstens etwas besser aus als nur die nackten Zahlen von 3 % bzw. 1,3 % aus den linearen Erhöhungen!

Jedenfalls kann noch als Erfolg gewertet werden, dass nach einem Brief von Ministerpräsident **Günter H. Oettinger** an den Vorsitzenden des BBW **Volker Stich** die Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamten, Richter und Versorgungsempfänger – auch ohne gesetzliche Regelung – bereits im Mai 2009 durch Abschlagszah-



lungen vorgenommen wurde.

**Dennoch war die Unzufriedenheit über den Abschluss unter den Beamten in Baden-Württemberg sehr groß, weil nach einer Umfrage nur 17 % damit zufrieden waren. Diese Unzufriedenheit wurde auch bei der Landeshauptvorstandssitzung am 24. April 2009 klar artikuliert: Eine Reihe von Teilnehmern waren enttäuscht, ja sogar verärgert und wütend, weil die ursprünglichen Forderungen und das erzielte Ergebnis viel zu weit auseinander klappten. Nach der letzten Protestkundgebung am 26. Februar 2009 wurde bereits nach zwei Tagen das unbefriedigende Ergebnis bekannt gegeben, wobei es vom Finanzminister Stächele auch noch als „Punktlandung“ bezeichnet worden ist. Deshalb kam vielen ihre Beteiligung an den Protestmärschen wie Hohn vor!**

(Hierzu hat der **BSBD** auch das **Aktuell Nr. 1/2009** herausgebracht und eine **Stellungnahme am 12. Mai 2009 an den BBW** verfasst, die an anderer Stelle in diesem Heft abgedruckt ist.)

### Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten

Sorge bereitet dem **BSBD** nach wie vor die zunehmende Gewaltbereitschaft der Inhaftierten und die Bildung subkultureller Strukturen, die durchaus den Charakter krimineller oder mafiöser Gruppierungen annehmen. Dem **BSBD** ist auch durchaus klar, dass es viele problematische Gruppierungen unter den Gefangenen gibt. Dennoch lässt sich nicht verkennen, dass

in der negativ ausgerichteten Subkultur die „russlanddeutschen Gefangenen“ bisher besonders subversiv tätig sind, da sie eine in sich geschlossene Gruppe gebildet und die Vorherrschaft in der verborgenen Subkultur der Vollzugseinrichtungen übernommen haben. Es ist bereits gegensteuert worden und muss auch künftig gezielt und wirksam gegengesteuert werden.

Unabhängig davon ereignen sich auch andere gravierende Vorfälle:

- So in der **JVA Straubing**, wo ein Strafgefangener eine Therapeutin als Geisel nahm und sie vergewaltigte, so dass ein SEK anrücken und sie befreien musste;
- so auch – nach der Landeshauptvorstandssitzung – Anfang Mai 2009 in der **JVA Torgau**, wo zwei Vollzugsbeamte bei einem Ausbruchversuch von zwei Gefangenen mit gefährlich präpariertem Anstaltsbesteck schwer verletzt worden sind.

**Nicht unerwähnt bleiben sollen auch einige Anhaltspunkte, die einen günstigen Einfluss auf die Sicherheitslage haben werden:**

- Die problematische Überbelegung in den baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten ist im Jahresvergleich etwa um 500 Gefangene zurückgegangen – und keiner kann sich erklären weshalb!
- der Justizvollzug ist nach wie vor aus dem Programm der Stellenstreichungen herausgenommen;
- 30 neue Stellen sind für die Sicherheit und den Jugendstrafvollzug geschaffen worden.

**Darlehen supergünstig \*1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins**  
**35-jährige Beratungskompetenz Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter**  
 Vorberatung wählbar alles kostenfrei ohne 2% Bearbeitungsgebühren Info: [www.ak-finanz.de](http://www.ak-finanz.de)

**DSB BANK**  
 und Stuttgarter Vers. a.G. supergünstige Beamtendarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30000,- € günstige 281,05 € mtl., 70000,- € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., \*5,99% effektiver Jahreszins. Lfz. 12 J., ab \*5,75% \*effektiver Jahreszins auch an Angestellte ab 5 Jahre i.d.D. \*1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken ohne Eigenkapital, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%.

**www.ak-finanz.de** AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen  
 Telefon: (06 21) 51 94 88, E-Mail: [beamtendarlehen@ak-finanz.de](mailto:beamtendarlehen@ak-finanz.de) Gebührenfrei **Tel. 0800/1000 500**

BNN vom 22. 05. 2009

# Die ersten Häftlinge kommen Anfang Juni

## Das teilweise privatisierte Gefängnis Baden-Württembergs in Offenburg ist bezugsfertig

**Offenburg** (ru). Das erste teilweise privat betriebene Gefängnis Baden-Württembergs ist fertig. Die Bauarbeiten in Offenburg wurden am Mittwoch beendet, Anfang Juni sollen die ersten Häftlinge hinter Gitter kommen. In den vergangenen zweieinhalb Jahren wurden 74 Millionen Euro investiert, sagte der baden-württembergische Finanzminister Willi Stächele (CDU) zur offiziellen Übergabe des Gebäudes. Die Haftanstalt mit 220 Beschäftigten hat 440 Plätze im Regelvollzug und 60 weitere in einer sozialtherapeutischen Abteilung.

Offenburg ist nach Hünfeld in Hessen und Burg bei Magdeburg die dritte Haftanstalt in Deutschland, in der ein privates Unternehmen einen Teil des Betriebs übernimmt. Die Firma aus Essen ist für die Verpflegung und die Wäscherei, die Arbeit, Ausbildung, medizinische Betreuung und das Gebäudemanagement zuständig. Das Land hofft, dass es durch das Pri-

vatunternehmen in fünf Jahren rund eine Million Euro spart. Geheizt wird überwiegend mit Holzhackschnitzeln.

Abstriche bei der Sicherheit werde es durch den privaten Betrieb nicht geben, sagte Justizminister Ulrich Goll (FDP). Alle Sicherheitsaufgaben mit „Zwangs- oder Eingriffscharakter“ gegenüber den Gefangenen blieben wie bisher vollkommen in staatlicher Hand. Der Vertrag mit dem privaten Dienstleister sei auf fünf Jahre angelegt. Baden-Württemberg sei das erste Bundesland, das in einer Justizvollzugsanstalt eine Anlage zur Unterdrückung des Mobilfunkverkehrs in Betrieb nehme, erklärte Goll. Die Bundesnetzagentur habe die Zustimmung zum Probebetrieb in Offenburg erteilt. In Baden-Württem-

berg saßen nach Angaben des Justizministeriums Ende April 7 879 Gefangene in Haft.

Der Betrieb des Gefängnisses war im Mai 2006 europaweit ausgeschrieben worden. Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutsch-

lands (BSBD) sowie die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi kritisierten dagegen die Privatisierung. Sexualstraftäter und Gewaltverbrecher würden von kaum ausgebildetem und schlecht bezahltem Wach- und Versorgungspersonal betreut. Dies gefährde die Sicherheit.

Zudem werde die Resozialisierung von Straftätern erschwert. Es dürften nicht allein finanzielle Aspekte berücksichtigt werden. Die Teilprivatisierung von Gefängnissen sei der falsche Weg.

### Pilotanlage: Handys funktionieren im neuen Gefängnis nicht

BNN vom 25. 04. 2009

## Vollzugsbeamte gegen Privatisierung im Knast

**Karlsruhe/Offenburg** (raha). Der Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) hält an seiner heftigen Kritik zur Teilprivatisierung des neuen Offenburger Gefängnisses fest. „Gerade die aktuelle Finanzkrise zeigt deutlich, dass ein Nachdenken über die Grenzen der Entstaatlichung längst überfällig ist“, sagte der BSBD-Landesvorsitzende Ernst Steinbach nach einer Vorstandstagung in Karlsruhe. Wenige Wochen bevor in Offenburg die ersten Gefangenen aufgenommen werden, verwies Steinbach auf die hessischen Erfahrungen bei der Teilprivatisierung im Justizvollzug: „Es wurde nicht billiger, sondern deutlich teurer.“ Auch die große Mehrheit der Bevölkerung lehne eine Privatisierung in den Haftanstalten ab, sagte der Gewerkschaftsvertreter in Richtung von FDP-Justizminister Ulrich Goll.

In der Frage der künftigen Nutzung der vor drei Jahren sanierten Rastatter Vollzugsanstalt spricht sich der BSBD für die Umwandlung in eine Jugendarrestanstalt aus. „Das würde Sinn machen“, sagte Landesvorsitzender Steinbach.

Forts. Bericht des Landesvorsitzenden

## Sachstand zur Privatisierung in der JVA Offenburg

Der **BSBD** lehnt die in Baden-Württemberg geplanten Privatisierungen von Gefängnissen in den Kernbereichen Sicherheit und Behandlung nach wie vor ab. Wir sind der festen Überzeugung, dass nur durch vereidigte und mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattete Beamte die hohe Qualität des baden-württembergischen Justizvollzugs gesichert werden kann, der zudem der kostengünstigste in ganz Deutschland ist.

**Endgültig beschlossen ist mittlerweile von der Landesregierung, dass in der neuen teilprivatisierten JVA Offenburg etwa jeder zweite Beschäftigte von dem privaten Dienstleister und Gefängnisbetreiber KÖTTER GmbH & Co. KG ge-**

**stellt wird: Der „Echtbetrieb“ wird am 2. Juni 2009 beginnen.** Für den **BSBD** ist es unvorstellbar, wie diese wenig ausgebildeten und minderbezahlten Privatbeschäftigten die schwierige Aufgabe mit zum Teil hafterfahrenen und hartgesotteten, intriganten und widersetzlichen Gefangenen bewältigen sollen.

**Als Fazit gilt für den BSBD: Gefängnisse sind keine Profit-Center und auch die Finanzmarktkrise zeigt, dass ein Nachdenken über die Grenzen der Entstaatlichung längst überfällig ist.**

## Haftplatzentwicklungsprogramm - Justizvollzug 2015

Wie bereits mehrfach erwähnt, unterstützt der **BSBD** das vom Justizministerium aufgelegte Programm Justizvollzug 2015, soweit es um strukturelle Verbesserungen und vor allem um die Schaffung von 1.200 neuen Haftplätzen geht. Denn noch immer fehlen im geschlossenen Vollzug an erwachsenen männlichen Gefangenen ausreichend Haftplätze, und dies auch im Hinblick auf die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts auf Einzelunterbringung der Gefangenen während der Ruhezeit. Hier ist der Bau neuer Anstalten in *Offenburg* – Bezug mit Gefangenen im Juni 2009 – und alsbald auch in *Rottweil* – wenn auch bei derzeit offener Standortfrage – sicher sehr hilfreich. Hinzu kommt der Bau von weiteren Hafthäusern in bereits bestehenden Anstalten. Durch diese Entlastungsmaßnahmen können zugleich die Arbeitsbedingungen für die Bediensteten deutlich verbessert werden.

### Der BSBD sieht aber auch Risiken:

So darf die strukturelle Veränderung der Vollzugslandschaft nicht zur Schließung von allen vorgesehenen kleinen Vollzugseinrichtungen führen. Der **BSBD** setzt sich deshalb ein für den Erhalt einer Anstalt in *Waldshut-Tiengen* als einem Justizstandort mit Amts- und Landgericht, für die Ein-

richtungen in *Crailsheim* (Drogentherapie), *Rastatt* (Untersuchungshaft für junge Gefangene bzw. Jugendarrest), auch für die Außenstellen in *Heidelberg* und *Tübingen* (ortsnahe Untersuchungshaft). Außerdem warnt der **BSBD** vor der Schaffung allzu großer Gefängnisse: Anstalten mit mehr als 500 bis 600 Gefangenen sind nur noch schwer regierbar.

## Föderalismusreform I und II

Nach vollzogener Umsetzung der Föderalismusreform I „spielt die Musik“ für die Landesbeamten in den Ländern – so auch im Land Baden-Württemberg.

Aber: 80 Prozent der Gesetze werden von der Europäischen Union beschlossen.

Das umfassend geltende Rentenrecht wird immer deutlicher für die Beamten wirksam und so bröckelt auch die Front, was die Mindestversorgung anbelangt. Ebenso stehen wichtige Bestandteile des Beihilfrechts zur Diskussion.

Wenn künftig Gesetze von Europa kommen und als Bundesgesetze übernommen werden, dann werden die Länder – wie z.B. auch Baden-Württemberg – sicherlich kaum oder gar nicht nachbessern.

**Deshalb hat sich der deutsche Beamtenbund der Europäischen Gewerkschaft angeschlossen, die insgesamt 7 Mio. Mitglieder aufweist.**

**Als Fazit gilt hier: Sowohl in Europa als auch im Bund und eng verzahnt mit dem Land müssen die Beamtengewerkschaften verstärkt Lobbyarbeit ausüben! Deshalb müssen wir in allen Bereichen bestens aufgestellt sein, wenn wir das für uns Erreichte sichern und noch zu Verbesserungen gelangen wollen!**

## Dienstrechtsreform

Der **BSBD** hat mit großer Skepsis die Föderalismusreform I verfolgt und einen bundesweiten 16-teiligen „Flickenteppich“ befürchtet. Ansätze dazu sind durchaus vorhanden, wie es sich gerade jetzt bei den Re-

gelungen zu den Einkommenserhöhungen in den einzelnen Bundesländern zeigte.

So sind Landtag und Landesregierung von Baden-Württemberg nunmehr für ihre Landesbeamten und -beamtinnen allein zuständig und verantwortlich, ebenso für Dienst-, Besoldungs- und Justizvollzugsrecht.

Im Hinblick auf die Dienstrechtsreform wollte Baden-Württemberg im Wettlauf mit den Ländern ursprünglich „Erster“ werden. Angesichts der vielen umstrittenen Knackpunkte – wie vorgezogener Einstieg zur Erhöhung der Altersgrenze auf 67, Einkommensumschichtung zu Gunsten der Jüngeren, Beurteilung für die Ausschüttung von Leistungsprämien – ist dieser Anspruch auf den ersten Platz nicht mehr zu halten, zumal andere Bundesländer bereits gesetzliche Dienstrechtsregelungen geschaffen haben.

**Eine umfassende Dienstrechtsreform soll nun 2009 im Lande auf den Weg gebracht und beschlossen werden. Das hierzu erarbeitete Gesetz soll voraussichtlich ab 1. Oktober 2010 in Kraft treten. Aber auch dieser Termin scheint sehr fraglich, weil spätestens im Frühjahr 2011 die nächsten Landtagswahlen durchzuführen sein werden. So scheinen viele notwendigen Parlaments- und Regierungsarbeiten durch bevorstehende Wahlen – so auch in diesem Jahr 2009 – leicht ins Hintertreffen zu geraten. Für seinen Bereich des Justizvollzugs hat sich auch der BSBD eingebracht und weit reichende strukturelle Veränderungen und Verbesserungen im Rahmen der Dienstrechtsreform gefordert.**

**Hierzu gab es mit Justizminister Prof. Dr. Goll im Juli 2008 ein Spitzengespräch und es wurde ein entsprechender Briefwechsel geführt.**

Kernpunkte dabei waren vor allem die Angleichung der „Gitterzulage“ und die Öffnung der Besoldungsstruktur, auch für die Leitungsfunktionen in den Justizvollzugsanstalten.

Die Gründe, die mittlerweile anerkannt sind, ergeben sich aus dem Sachverhalt, dass das Justizministerium eine Reihe von Aufgaben und Zuständigkeiten auf die Anstalten bzw. auf die Anstaltsleiter übertragen hat. Dadurch ist es im Vergleich zu anderen Landesbehörden nur angemessen, wenn Eingruppierungen in höhere Besoldungsgruppen erfolgen. Damit wäre auch ein klares Signal zu setzen, das den Stellenwert des Justizvollzugs endlich auf das ihm zustehende Niveau hebt. *Als logische Konsequenz ergibt sich daraus, dass es auch zu Verbesserungen in den nachgeordneten Bereichen kommen wird.*

In Bezug auf die besondere Antragsaltersgrenze hat sich der BSBD im Rahmen der Dienstrechtsreform nachdrücklich dafür eingesetzt, dass diese Altersgrenze für den allgemeinen Vollzugsdienst und den Werkdienst gleichermaßen erhalten bleibt. Damit ist eine um fünf Jahre vorgezogene Pensionierung vor der Regelaltersgrenze gewährleistet. Die Meister des Werkdienstes, die tagtäglich auch sehr schwierige Gefangene zu beaufsichtigen und zu kontrollieren haben, stehen unter ständiger Anspannung. Viele weitere Kontroll- und betriebswirtschaftliche Aufgaben kommen hinzu.

Für den BSBD steht deshalb fest, dass die besondere Altersgrenze nicht nur an der Ausübung des Schicht- und Wechseldienstes – wie beim allgemeinen Vollzugsdienst – angebunden werden kann, sondern das auch andere belastende Dienstumstände maßgeblich zu beachten sind, wie dies auch in den anderen Bundesländern üblich ist.

**Der Werkdienst in den baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten befindet sich derzeit allerdings in einer gefährlichen Verbandssituation. Die nebeneinander existierenden Mitgliedschaften im BSBD und BTB können zu einer Spaltung der Interessen und damit zu einer fundamentalen Schwächung der Stellung des Werkdienstes führen. Deshalb wurde auch ein Spit-**

**zengespräch notwendig, an dem die Vorsitzenden des BBW, des BSBD und des BTB Baden-Württemberg teilgenommen haben. Dabei wurde auch vom BBW-Vorsitzenden Volker Stich eindeutig klar gestellt, dass die Werkbeamten sich in erster Linie als Justizvollzugsbedienstete sehen müssen, denn nur unter dem gemeinsamen Dach „Strafvollzug“ kann die besondere Altersgrenze in Zukunft gesichert werden. Dieser Aspekt einer einheitlichen und einvernehmlichen Stimme ist besonders zur Durchsetzung von Zielen im politischen Raum von größter Bedeutung. Deshalb ist es auch sehr erfreulich, dass der BSBD-Landesverband einen neuen Sprecher für den Werkdienst in den baden-württembergischen Vollzugsanstalten gefunden hat: Dies ist Kollege Wolfgang Neureuther aus Heilbronn und sein Stellvertreter, Kollege Rees aus Freiburg.**

Zum Abschluss seines Berichtes gratulierte der Landesvorsitzende **Ernst Steinbach** diesen beiden Kollegen zu ihrer Wahl und er versprach ihnen eine konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle aller Kolleginnen und Kollegen des Werkdienstes. Mit diesem Versprechen war auch die enge Einbindung der Anliegen des Werkdienstes in die Arbeit des Landesvorstandes verbunden, wie dies bereits mit dem mittleren Dienst mit Kollegen **Frank** aus Mannheim praktiziert wurde (s. Der Vollzugsdienst, 2/2009, S. 14)

*(Die in diesem Bericht enthaltenen Problemstellungen wurden teilweise beim Delegiertentag und in unserer Presseerklärung ausführlich behandelt. Da die Probleme fortbestehen und Lösungen noch zu suchen sind, wurden sie nochmals – z.T. mit Aktualisierungen – aufgegriffen. Anm. d. Red.)*

**Die nächste Landeshauptvorstandssitzung – dankenswerterweise ausgerichtet vom Ortsverband Konstanz – wird am 24. Oktober 2009 stattfinden.**

## Arbeitsgruppe der Fachgruppe Allgemeiner Vollzugsdienst tagte

**Am 26. 03. 09 trafen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe „AVD“ zu ihrer Frühjahrestagung in der JVA Freiburg. Im Auftrag der Anstaltsleitung begrüßte Herr Maurer-Hellstern die AG und den Vorsitzenden des HPR, Kollegen Konrath, in den Räumen der JVA Freiburg.**

In seinem einleitenden Statement, in dem er auch Grußworte des Anstaltsleiters der JVA Freiburg, Herrn Ltd. RD **Rösch** ausrichtete, skizzierte Herr **Maurer-Hellstern** anschaulich die derzeitige Situation und die herrschenden Spannungsfelder, in denen die Bediensteten aller Laufbahnen in Freiburg ihren Dienst versehen. Anschließend wurden im Rahmen der AG weitere Themen mit aktuellem Bezug (Beurteilungsrunde 2009, Dienstbekleidung und Mitgliedergewinnung im **BSBD**) disku-



tiert. Natürlich lies es sich die AG nicht nehmen, auch in Freiburg, bei einer Führung durch die Anstalt, den Kontakt mit den einzelnen Kollegen vor Ort zu suchen und dort nachzufragen, wo „der Schuh drückt“.

Die AG möchte sich auf diesem Wege nochmals herzlich bei der Anstaltsleitung für die Genehmigung zur Durchführung der Tagung und bei den Kollegen Landmann und Thiel für die hervorragende Organisation zu bedanken. *A. Schmid*

## Fachgruppenvertretertagung in Heidelberg

Am 20. 03. 09. traf sich die Arbeitsgruppe mittlerer Verwaltungsdienst zu seiner Fachgruppenvertretertagung in Heidelberg. Die Veranstaltung fand in der Gaststätte „zum Achter“ des Heidelberger Ruderkclubs statt. Schon in Anbetracht des schönen Ambiente und des guten Wetters war die Veranstaltung ein voller Erfolg. Viel wichtiger jedoch war die rege Beteiligung an dieser Veranstaltung.

Für die bisherigen Mitglieder der Arbeitsgruppe, war daher schon das Erscheinen der vielen Kollegen aus den verschiedenen Anstalten ein Erfolg, der sicherlich auch mit dem zu erwartenden Vortrag des stellv. Vorsitzenden des **BSBD-BW Georg Konrath** in Verbindung zu bringen ist. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Sprecher der Arbeitsgruppe **H. Frank**, begann Herr **Konrath** mit seinem Vortrag. Hierbei ging Kollege **Konrath** als erstes auf die Arbeit im Landesvorstand ein, gab Einblicke in die Änderung der Dienstrechtsreform und die kürzlich abgeschlossenen Tarifverhandlungen. Letztendlich referierte er noch über den Neubau Offenburg und mit der damit einziehenden Privatisierung im Strafvollzug. Im Anschluss an seinen Vortrag kam es zu regen Diskussionen, die hauptsächlich die fehlenden Perspektiven im mittleren Verwaltungsdienst beinhaltet hatten. Herr **Konrath** unterstützte hier die Mei-



nung der Arbeitsgruppe, dass man wohl eine gemeinsame Laufbahn immer im Hinterkopf behalten solle, jedoch wäre die zur Zeit sicherlich, hauptsächlich wegen dem Eintrittsalter bei der Pension nicht durchführbar.

Er unterstützt jedoch das Vorhaben der Arbeitsgruppe, für den mittleren Verwaltungsdienst hervorgehobene Stellen zu schaffen.

Er ging hier sogar noch einen Schritt weiter, indem er auch bei dieser Laufbahn eine oder zwei Stellen in der Besoldungsgruppe A10 bzw. A11 einforderte.

Nach ca. 3 Stunden musste Herr Konrath die Veranstaltung verlassen.

Nach der Mittagspause ging es vorerst um die Neubesetzung der Arbeitsgruppe.

Hier bei ist es zum ersten Mal gelungen, aus allen Verwaltungsabteilungen Bedienstete zu finden, die sich an der Arbeitsgruppe beteiligen.

Folgende Bedienstete nehmen nunmehr an der Arbeitsgruppe teil:

<b>Friedbert Fröhlich</b>	Bruchsal
<b>Michael Bank</b>	Freiburg
<b>Andrea Pasenau</b>	Ulm
<b>Bettina Fischer</b>	Heimsheim
<b>Martin Wagner</b>	Heimsheim
<b>Rainer Bittner</b>	Heimsheim
<b>Cornelia Karl</b>	Schw.Hall
<b>Martin Nagel</b>	Adelsheim
<b>Brigitte Lindstädt</b>	Rottenburg
<b>Klaus Frank</b>	Mannheim als Sprecher der AG

Herr **Frank** bedankte sich nach den Wahlen bei den neuen Mitgliedern, für ihre Be-

reitschaft, sich an der AG beteiligen zu wollen.

Nach einer kurzen Diskussion wurde dann die neue „Marschroute“ der Arbeitsgruppe festgelegt, die wie folgt lautet:

1. Schaffung von hervorgehobenen Dienstposten, diese wären:
  - Leiter der Vollzugsgeschäftsstelle
  - Beamte der Hauptgeschäftsstelle
  - die 4 Beamten der Hauptbuchhaltung beim VAW
2. Diese Stellen sollen im Gleichklang mit hervorgehobenen Dienstposten von AVD und dem Werkdienst in A10 bzw. A11 ausgewiesen werden
3. Kurzlehrgänge nach dem Vorbild der Polizei anzubieten, in denen fähige mittlere Verwaltungsbeamte die Möglichkeiten und Kenntnisse erlangen, Verwaltungsabteilungen zu führen.
4. Führungsmodulare im Fortbildungskatalog auch für den mittleren Verwaltungsdienst anzubieten

Zum Ende der Veranstaltung betonte Herr **Frank** nochmals, dass die Fachgruppenvertreter, trotz großer Resignation in den Verwaltungen, im Lande darauf hinweisen sollen, dass die Arbeitsgruppe aktiv daran arbeitet, Verbesserungen für den mVD zu erreichen. Diese Arbeitsgruppe ist die einzige Institution, die sich für die Belange des mittleren Verwaltungsdienstes einsetzt.

Das nächste Treffen der Arbeitsgruppe ist für den 05.11.09 in Adelsheim vorgesehen.

## BSBD-Tagung Technischer Dienst/Werkdienst in Stuttgart



Die Veranstaltung wurde vom stellvertretenden BSBD Vorsitzenden **Georg Konrath** eröffnet. Er gab Einblicke in sein Arbeitsfeld. Nach der Vorstellungsrunde der anwesenden Kollegen wurde sachlich und lebhaft diskutiert.

Der **BSBD** Landesvorsitzende **Ernst Steinbach** stellte Neuerungen vor. Zusammen mit dem Kollegen **Konrath** beantwortete er die Fragen der Anwesenden und stellte sich den Diskussionspunkten: Beihilfe, Personalkosten – Budgetierung und Dienstrechtsreform.

Beide lobten in diesem Zusammenhang

die Beschreibung eines geplanten Funktionsstellenkataloges (FSK), die der Kollege **Wolfgang Neureuther** für die JVA Heilbronn ausführlich beschrieben und dokumentiert hatte.

Die Vorlage stellte er dem zuständigen Personalreferent im JuM Herrn **Weik** zu Verfügung. Ausführlich wurde über diese Beschreibung diskutiert, und die anwesenden Kollegen erhielten ein Exemplar um eine Vorlage für ihre Anstalten zu erstellen.

### Den Werkdienst voran bringen!

Die Kollegen **Tobias Ketterer** (Heimsheim), **Otto Menner** (Freiburg), **Erich Müller** (Heimsheim), **Wolfgang Neureuther** (Heilbronn), **Alexander Rees** (Freiburg) und **Christian Wörner** (Rottenburg) stellten sich für eine Arbeitsgruppe Werkdienst zur Verfügung.

Als Vorsitzender und Sprecher für den Landesvorstand wurde der Kollege **Wolfgang Neureuther** gewählt, Stellvertreter wurde der Kollege **Alexander Rees**. Mit dem Wunsch den Werkdienst im **BSBD** voranzubringen endete die Versammlung.

*Wolfgang Neureuther*



Für langjährige Mitgliedschaft geehrt von links: Martin Weinstock 25 Jahre, Ernst Steinbach, Werner Gemmrich 25 Jahre, Otmar Maile, Günter Hochuli 40 Jahre, Heinz Macco 50 Jahre, Ludwig Harst 50 Jahre, Richard Jhle 50 Jahre.

## Jahreshauptversammlung mit Blick in die Zukunft - Ehrungen auf der Tagesordnung

Im Beamtenfußballkeller der JVA Heilbronn fand am 15. April 2009 die Jahreshauptversammlung des Ortsverbands Heilbronn statt. Otmar Maile, der OV-Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit einem Grußwort an die Anstaltsleitung, vertreten durch Frau Tecklenburg, den Landesverbandsvorsitzenden Herrn Steinbach, den Ehrenmitgliedern und den Anwesenden.

Der anschließende Bericht des Vorsitzenden zeigte auf, wie aktiv der OV Heilbronn im vergangenen Jahr war. Als Höhepunkt wurde die Fahrt zum Delegiertentag in Stuttgart, mit einem am Vormittag verbundenen Besuch im Mercedes-Benz Museum gesehen. Nach einem Aufenthalt in der Stuttgarter Innenstadt ging es dann zur Festveranstaltung an den Tagungsort. „Ohne die Heilbronner wäre der Minister bei seinem Vortrag vor einem halbleeren Saal gestanden“, und dies wäre nicht gerade ein Zeichen von Stärke. Solche Fahrten zu den Delegiertentagen mit einem Rahmenprogramm haben sich in der Vergangenheit im OV etabliert und stellen auch ein kleines Dankeschön an die Mitglieder für ihre Treue dar.

Des Weiteren wurden Ausflüge und Unter-

nehmungen der Mitglieder im OV wie z.B. Radtouren, Skiausfahrten oder die Fahrt zur JVA Oldenburg unterstützt.

Hervor gehoben wurde auch das Engagement im Landeshauptvorstand und den verschiedenen Gremien durch Heilbronner Mitglieder. In der Vergangenheit, aber auch die aktuellsten Neubesetzungen wie Kollege Neureuther als Werkdienst-Sprecher und Kollege Rinklin als Landeskassenprüfer unterstreichen dies!

Mit gleich drei Ehrungen für 50jährige Zugehörigkeit und weitere für 40 und 25 Jahre fuhr der Vorsitzende Maile fort. Die Pensionäre **Richard Jhle**, **Heinz Macco** und **Ludwig Harst** wurden mit der goldenen Nadel, einer Urkunde und einem Weinpräsident für ein halbes Jahrhundert Mitgliedschaft geehrt. Weitere Ehrungen für 40

Jahre erhielten **Günter Hochuli**, **Karl-Heinz Wenzel** und für 25 Jahre die Kollegen **Horst Scherer**, **Werner Gemmrich**, **Martin Weinstock** und **Klaus Lieber**.

Die Ausführungen des Landesvorsitzenden **Ernst Steinbach** als Gast-Referent in seiner alten Wirkungsstätte über die aktuelle Lage war der nächste Tagesordnungspunkt.

Vor allem die Privatisierung im Strafvollzug war wieder ein Thema, welches auch Fragen der Mitglieder auftrat, die Kollege Steinbach im Anschluss gerne beantwortete.

Aber auch die Dienststrectreform, der Nachtragshaushalt mit dem 30-Mio-Pro-

**Werben Sie neue Mitglieder für den BSBD**

gramm und das Haftplatzentwicklungsprogramm 2015 waren Eckpfeiler seiner Rede. Er zeigte die Problematiken der derzeitigen Entwicklungen auf und unterstrich die Wichtigkeit der Gewerkschaft **BSBD** in der heutigen Zeit.

Erst recht jetzt, nachdem die Zuständigkeit auf die Länder durch die Föderalismusreform übergang, ist es wichtig durch eine starke **BSBD** die Interessen des Strafvollzugs gegenüber den Politikern und der Regierung durchzusetzen.

Dass man mit dem Abschluss im aktuellen Tarifstreit, bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage doch ganz zufrieden sein sollte war das Resümee des Landesvorsitzenden. Jedoch wies er ausdrücklich darauf hin, dass wir nicht der Sparstrumpf der Nation sind und dafür anderweitig, wie z.B. bei den Banken-Millionen-Löchern das Geld rausgeschleudert wird!

Da in diesen Jahr keine Wahl, etc. anstand, wurde die Veranstaltung vom Vorsitzenden für den gemütlichen Teil freigegeben. Der abschließende Dank galt der BEAFU (Beamtenfußballabteilung) die für das leibliche Wohl sorgte. *Lars Rinklin*

## Ortsverband Karlsruhe: Ein etwas anderer Ausflug



Am Samstag, den 28.03.09 machten sich neun Wagemutige aus dem Badischen Karlsruhe, unter der Führung der Mitglieder des Ortsverbandes Karlsruhe BSBD auf den Weg nach Weeze in NRW um am 29.03.09 am Fishermansfriend-Strongmanrun teilzunehmen.

Nachdem die Unterkunft bezogen wurde, fuhren wir nach Weeze um unsere Starterpakete abzuholen und eine erste Inspektion der Strecke auf dem ehemaligen Militärflughafen zu inspizieren. Dem ein oder anderen wurde es erst jetzt so richtig klar auf was er sich da am nächsten Tag ein-

stellen muss – dies wird kein Sonntäglicher Familienausflug- nein da ist die Hindernisbahn der Bundeswehr vergleichbar mit Brötchenholen am Samstagmorgen. Zapfenstreich wurde für den Samstag auf 23:00 Uhr festgelegt, damit man auch ausgeruht an den Start gehen kann.

Am Sonntag waren dann die ersten gegen 06:45 Uhr wach, – Nervosität machte sich langsam breit, da wurden die Brustwarzen abgeklebt, die Beine mit diversen Mitteln eingerieben, es roch wie beim Physiotherapeuten um die Ecke oder wie bei Oma wenn sie Ihr Franzbranntweinfläschchen öffnet. Nach Rühreiern mit Speck fuhren wir dann gegen 09:30 Uhr los, Xavier Naidoos Lied „Dieser Weg wird kein leichter sein“ stimmten wir uns auf den nun folgenden Tag ein.

Gott sei Dank waren wir nicht die einzigen Verrückten an diesem Tag die über Hindernisse mit Namen wie Bifrost, Kniebeuger, Spinnennetz, Reifenprüfung oder Golf von Weeze mussten. Nach 1 Stunde und 33 min. war der erste dann im Ziel, leider keiner aus unserer Reihe, was daran lag, dass wir uns das ganze erst mal anschauen wollten, damit wir uns dann im nächsten Jahr steigern können.



Außer Muskelkater, schwere Beine und diverse Abschürfungen, gab es keine Verletzungen beim Team der JVA Karlsruhe.

Da im Vorfeld schon Kontakte mit der JVA Geldern hier speziell mit dem stellv. Anstaltsleiter Herrn **Schweinhagen** und Personalratsvorsitzenden **Jentjens** geknüpft wurden, konnten wir dann am Montag die JVA Geldern besichtigen.

Nach Rücksprache mit Herrn **Jentjens** wegen unserem etwas unrundern Gang

verkürzten wir die Anstaltsführung auf 3 Stunden.

Im nächsten Jahr würden wir dann Teil 2 der Führung nachholen. Nach einer sehr Interessanten Führung machten wir uns gegen 13:30 wieder auf die Heimfahrt und schwelgten in Erinnerung über die Leistung die wir vollbracht hatten, – natürlich mit der Finishermedaille um den Hals. Strongmanrun 2010 wir sind wieder dabei.  
*Team JVA Karlsruhe*

## Brandenburg

### Neues aus der Brandenburger Kleiderkammer

**S**eit dem 06. 04. 2009 ist es nun soweit, die Ausstattung der Justizbediensteten mit der neuen Dienstbekleidung hat begonnen. Die Bestellung erfolgt über ein elektronisches Warenhaus der Zentralstelle und Serviceeinrichtung für das Beschaffungswesen im Zentraldienst der Polizei. Was jedoch weiterhin fehlt, ist eine Dienstkleiderordnung, die alle Fragen zur Ausstattung, Ersatzbeschaffung und vieles andere mehr regelt. So kommt es von allen Seiten immer wieder zu Fragen, die sich bei rechtzeitiger Regelung und durchgängiger Planung erübrigen hätten.

In der JVA Cottbus-Dissenchen wurde im Januar 2009 ein Pilotprojekt mit 56 weiblichen Bediensteten gestartet, welche mit der Bestellung der neuen Dienstbekleidung begannen. In Einzelfällen mussten Nachbestellungen vorgenommen werden, da er-



hebliche Größenunterschiede bei den einzelnen Bekleidungsstücken oder Kleidergrößen bestehen, was vor allem auf die unterschiedlichsten Hersteller zurückzuführen ist. So ist beispielsweise auch für den Nichtfachmann leicht zu erkennen,

Einer der neuen Dienstkleidungs-PCs.



In voller Dienstmontur.

dass es bei den drei unterschiedlichen Diensthosen (Funktionshose Winter; Funktionshose Sommer und Kombi-Hose) erkennbare Unterschiede in Sitz- und Passform bei gleicher Konfektionsgröße gibt. So tragen Kolleginnen die Winterhose, da ihnen die Sommerhose nicht passt und die Nachbestellung offensichtlich Zeit